

Ja zur erweiterten Personenfreizügigkeit



Von Nationalrat
Dr. Jean-Noël Rey

Am 6. Dezember 1992 stimmte das Schweizer Volk gegen den Beitritt zum EWR. Damit wurden die Weichen für

EU, und der Wert unserer Warenimporte aus der EU beläuft sich auf gute 110 Milliarden Franken. Der bilaterale Weg hat sich bewährt.

Die EU-Osterweiterung: erhöhte Sicherheit und neue, dynamische Märkte

Seit dem 1. Mai letzten Jahres gehören neu Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, die Slowakei, Ungarn, Slowenien, Malta und Zypern zur EU, die sich damit auf 450 Millionen Menschen vergrössert hat. Dieser weitere Meilenstein in der Versöhnung zwischen Ost und West nach Jahrzehnten des Kalten Krieges bringt eine markante Verbesserung der Sicherheitslage Europas und damit auch der Schweiz mit sich. Zudem eröffnen die dynamischen Märkte im Osten mit ihren hohen Wirtschaftswachstumsraten interessante Perspektiven auch für Schweizer Unternehmen.

Erweiterte Personenfreizügigkeit: ein rechtspopulistisches Angstmacher-Referendum

Auf Grund dieser Ost-Erweiterung mussten alle Verträge der EU mit der Schweiz durch die Eidgenössischen Räte neu ratifiziert werden. Bekanntlich wurde dann von rechtspopulistischen Kreisen mit

Angstmacherargumenten gegen die Erweiterung der Personenfreizügigkeit das Referendum ergriffen, das am 25. September zur Abstimmung gelangt. Obwohl gerade die Erfahrung mit den Bilateralen I zeigt, dass sich die Einwanderung auf Grund der Personenfreizügigkeit aus so genannten Tieflohnländern in engen Grenzen hält, malen die Angstmacher wider besseres Wissen den Verlust von Arbeitsplätzen an die Wand.

Die Bilateralen: wirtschaftlich sinnvoll und sozialverträglich dank flankierenden Massnahmen

Die Bilateralen ermöglichen den für unseren Wohlstand unerlässlichen, intensiven wirtschaftlichen Austausch mit dem übrigen Europa. Gleichzeitig bieten sie Gewähr für eine sozialverträgliche Anpassung dank langen Übergangsfristen mit Inländervorrang, Lohnkontrollen und Zulassungskontingenten. Die bewährten flankierenden Massnahmen der Bilateralen I werden weiter verstärkt durch zusätzliche Vorschriften und Kontrollen, die ein Lohndumping verhindern. Auf Grund dieser Schutzvorkehrungen für den hiesigen Arbeitsmarkt können SP und Gewerkschaften am kommenden 25. September uneingeschränkt Ja sagen.

Die Folgen eines Neins wären verheerend

Bei einem Nein würde mit grosser Wahrscheinlichkeit nicht nur das Freizügigkeitsabkommen als Ganzes gekündigt, mit schwer wiegenden Auswirkungen auf die Schweizer KMU, sondern die Bilateralen insgesamt. Diese Konsequenz eines Neins ist in der so genannten Guillotine-Klausel festgehalten, wonach es sich bei den Verträgen mit der EU um ein Gesamtpaket handelt, das nur als Ganzes Gültigkeit hat.

Ein Ja für die Schaffung von Arbeitsplätzen, gerade im Wallis

Zusammen mit den übrigen bilateralen Verträgen stärkt das Abkommen über die erweiterte Personenfreizügigkeit die Schweizer Wirtschaft und fördert damit die Schaffung von Arbeitsplätzen. Durch die Öffnung gegenüber Europa steigen die Chancen für Arbeitnehmende und Studierende. Die Bilateralen nützen auch dem Tourismus, einem für das Wallis lebenswichtigen Wirtschaftszweig.

Als Walliser Nationalrat lege ich im wohlverstandenen Interesse der Eidgenossenschaft wie im besonderen Interesse meines Heimatkantons am 25. September ein überzeugtes Ja in die Urne.

den bilateralen Weg gestellt, der in der Aushandlung von Verträgen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union besteht. 67 Prozent des Schweizer Volkes stimmten am 21. Mai 2000 den so genannten «Bilateralen I» zu. Das Wallis lag im Schweizer Durchschnitt mit 66 Prozent Ja, das Oberwallis leicht darunter mit 59 Prozent Ja. Dieser Mehrheit war klar, dass die Schweiz sich in den Bereichen Landverkehr, Luftverkehr, Landwirtschaft, Forschung, technische Handelshemmnisse, öffentliches Beschaffungswesen und Personenverkehr aus ureigenstem wirtschaftlichem Interesse gegenüber ihrem wichtigsten Handelspartner, der EU, öffnen muss. Heute wird jeder dritte Franken im Handel mit der EU verdient. Jährlich exportieren wir Waren für fast 90 Milliarden Franken in die